

tenz verband. Möglicherweise spielen Freundlichkeit, Verständnis und der Eindruck, mit den Experten über Probleme sprechen zu können, eine größere Rolle, und diese Aspekte verbanden die Klientinnen eher mit einem informelleren Stil. Es fragt sich allerdings und sollte bei normal begabten Erwachsenen untersucht werden, ob eine etwas förmlichere Kleidung den Eindruck größerer Kompetenz erweckt, ohne weniger freundlich und verständnisvoll zu wirken. Vorsicht scheint vor allem vor einem unreflektierten Erfüllen des Wunsches geboten, mit dem Vornamen angesprochen zu werden, insbesondere, wenn sich die Sozialarbeiterin, der Sozialarbeiter weiterhin mit dem Nachnamen ansprechen lässt.

Danksagung

Grundlage dieses Artikels sind die Diplomarbeiten von *Eva Maria Möring*, *Nora Grohmann* (Jugendamt), *Maik Sandmann* und *Marco Wiebusch* (Einrichtungen für behinderte Menschen) bei *Cornelia Thiels* und den Zweitlesern *Berthold Lomberg* und *Heinz Offe*. *Julia Gledhill*, *James Warner* und *Michael King* stellten ihre Instrumente (*Gledhill* u.a. 1997) zur Verfügung. Wir danken allen, die an der Befragung teilgenommen haben. Die studentische Hilfskraft *Ulrike Burandt* führte die Literaturrecherche durch.

Anmerkung

1 Der Begriff Sozialarbeiterin, Sozialarbeiter wird auch für Sozialpädagogen und andere professionell Helfenden im weiteren Bereich der Sozialen Arbeit verwendet, deren genaue Berufsbezeichnungen im ersten Absatz unter der Überschrift Fragebogen für Sozialarbeiterinnen im Ergebnisteil aufgeschlüsselt sind.

Literatur

- Gledhill**, J. A. u. a.: Psychiatrists and Their Patients: Views on Forms of Dress and Address. In: *The British Journal of Psychiatry* 171/1997, S. 228-232
- Keller**, G.: Kleider machen Leute. In: *Die Leute von Seldwyla*. Frankfurt am Main 2006, S. 286-332
- McGuire-Snieckus**, R. u. a.: Patient, client or service user? A survey of patient preferences of dress and address of six mental health professions. In: *Psychiatric Bulletin* 27/2003, S. 305-308
- Smith**, P. R.: Social workers and uniforms. In: *Social Work* 32/1987, S. 449-450
- Welch**, M.: Doctors' dress. In: *Journal of the Royal Society of Medicine* 85/1992, S. 120

► Allgemeines

Sprachdatenbank der Europäischen Union (EU) hilft bei Übersetzungen. Die EU-Kommission hat ihre Sprachdatenbank frei zugänglich gemacht. Die Sammlung von über einer Million Sätzen und deren hochwertiger Übersetzung in 22 der 23 EU-Amtssprachen (nur Irisch fehlt noch) ist bei Entwickelnden maschineller Übersetzungssysteme hoch begehrt. Automatische Übersetzungsprogramme übernehmen von Humanübersetzungen, wie Wörter und Sätze im Zusammenhang richtig zu übersetzen sind. Die EU-Institutionen verfügen nach eigenen Angaben über weit mehr vielsprachige Texte als jede andere Organisation, weil die EU-Vorschriften in allen Amtssprachen vorliegen müssen. Ihre Übersetzungsdienste arbeiten mit 253 möglichen Sprachkombinationen. Dabei entstehen jährlich etwa 1,5 Mio. Übersetzungsseiten. Informationen: <http://iate.europa.eu> *Quelle: AWO magazin 3.2008*

Nachhaltigkeitsbericht. Wie können Bürgerinnen und Bürger ihr Land zukunftsfest machen? Welche Schwerpunkte müssen sie setzen? Bei der im Jahr 2002 entwickelten Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung geht es vor allem um wichtige Zukunftsentscheidungen in den Bereichen Energie, Umwelt und Forschung, aber auch in der Sozial- oder Finanzpolitik. An der Weiterentwicklung der Strategie kann sich im Jahr 2008 die ganze Bevölkerung beteiligen, denn der Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie wird zusammen mit den Bürgerinnen und Bürger entwickelt. Seit Mai 2008 sind sie sowie Verbände aufgefordert, sich mit Anregungen und Vorschlägen an der Erarbeitung des endgültigen Berichts zu beteiligen. Nähere Informationen stellt die Bundesregierung in einem Konsultationspapier zur Verfügung, das die bisherigen Überlegungen zum Inhalt des Berichts zusammenfasst. Information: www.dialog-nachhaltigkeit.de *Quelle: Sozialpolitische Informationen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales 1.2008*

Berliner Projekte gegen Rechtsextremismus. Berliner Forum Gewaltprävention. Forschungsbericht. Hrsg. Landeskommision Berlin gegen Gewalt. Selbstverlag. Berlin 2007, 100 S., kostenlos *DZI-D-8192*

Vor dem Hintergrund des Erstarkens neofaschistischer Parteien und Gruppierungen hatte die Landeskommision Berlin gegen Gewalt im März 2006 beschlossen, eine Expertise zum Thema Rechtsextremismus in Auftrag zu geben. Untersucht werden sollte, ob die einzelnen Projekte, die gegen Rechtsextremismus arbeiten, den aktuellen Problemlagen gerecht werden und geeignet sind, diesen entgegenzuwirken. Die Studie liefert einen umfassenden Überblick über das Problemfeld und beschreibt die Projektarbeit der Jahre 2005 und 2006 unter den Gesichtspunkten der Zielgruppen, Zielgebiete und Methoden, wobei auch die sozialräumliche Dimension mit berücksichtigt wird. Die Ergebnisse bilden die Grundlage für Empfehlungen zu künftigen Veränderungen im Bereich der Präven-

tion und Intervention. Bestellanschrift: Landeskommision Berlin gegen Gewalt, Klosterstraße 47, 10179 Berlin, Tel.: 030/90 27 29 13, Fax: 030/90 27 29 21

Ehegattennachzug. Die Migrations-, Integrations- und Ausländerbeauftragten der Länder haben im April 2008 die Erfahrungen mit den seit gut einem halben Jahr geltenden Neuregelungen zum Ehegattennachzug erörtert. Das im August 2007 in Kraft getretene Richtlinienumsetzungsgesetz, mit dem das seit Anfang 2005 geltende Zuwanderungsgesetz geändert wurde, sieht als eine Voraussetzung für den Ehegattennachzug vor, dass eine Verständigung zumindest auf einfache Art in deutscher Sprache möglich sein muss (§ 30 Abs.1 Nr. 2 Aufenthaltsgesetz). Den Beauftragten ist bewusst, dass insbesondere für nachreisende Frauen frühe und gute Kenntnisse der deutschen Sprache sinnvoll und hilfreich ist, um den Integrationsprozess zu beschleunigen und die individuellen Rechte innerhalb der Familie durchzusetzen. In der Praxis haben sich jedoch einige Schwierigkeiten ergeben. Die Konferenz fordert daher die Bundesregierung auf, nach Ablauf eines Jahres seit Inkrafttreten des Gesetzes eine Evaluation durchzuführen, um die tatsächlichen Auswirkungen zu überprüfen; Ehegatten in Ausnahmefällen eine Einreise zu ermöglichen, wenn sie in ihren Herkunftsländern objektiv keine Möglichkeit haben, Deutsch zu lernen und zu verlassen, dass die im Visumverfahren nachgewiesenen Sprachkenntnisse auf den nach der Einreise abzuleistenden Integrationskurs angerechnet werden. *Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz vom 30. April 2008*

Frauen auf dem Arbeitsmarkt in Spanien. Ende des Jahres 2007 standen dem spanischen Arbeitsmarkt über 9,5 Mio. erwerbsfähige Frauen zur Verfügung, während sich im Jahr 1977 ihre Zahl auf lediglich 3,5 Mio. belief. Somit haben sich innerhalb der vergangenen 30 Jahre die Möglichkeiten und das Interesse der Frauen, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, verdreifacht. Damit erfüllt Spanien die Zielmarke der Lissabonstrategie, die eine Erwerbsfähigkeitsquote der Frauen von über 60 % vorsieht. *Quelle: Aktuelle Nachrichten aus Spanien der Botschaft von Spanien vom 30. April 2008*

► Soziales

Mehr Rechte für Menschen mit Behinderungen. Anlässlich des Europäischen Protesttages für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen wies die sächsische Sozialministerin Helma Orosz darauf hin, dass das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen am 3. Mai 2008 formell in Kraft getreten ist, 30 Tage, nachdem mit Tunesien und Ecuador 20 Mitgliedstaaten die Konvention ratifiziert haben. Das Übereinkommen regelt erstmals in einem Dokument die verbindlichen Rechte behinderter Menschen auf eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. Die 50 Artikel des Übereinkommens regeln die Rechte behinderter Menschen in sehr vielen Bereichen. Das beginnt bei elementaren Rechten wie dem auf Leben und körperliche Unversehrtheit sowie auf gleichberechtigten Zugang zu Trinkwasser. Die Konvention fordert aber auch eine umfassende Barrierefreiheit, den gleichberechtigten Zugang behinderter Menschen zu allen Bildungsan-

geboten und das Verbot jeglicher Diskriminierung. Das Übereinkommen wurde im Dezember 2006 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen. Vorangegangen waren lange Beratungen, an denen auch behinderte Menschen aus vielen Ländern der Welt maßgeblich beteiligt waren. Die Bundesrepublik Deutschland war eines der ersten Länder, die am 30. März 2007 die Konvention unterzeichnet haben. Rechtsverbindlich wird sie für Deutschland aber erst mit einer formellen Ratifikation, die nach einer Zustimmung von Bundestag und Bundesrat erfolgen kann. Dieses Ratifizierungsverfahren steht noch aus. *Quelle: Pressemitteilung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales 49/08*

Schuldnerberatung in der Potsdamer Innenstadt. Im Jahr 2006 gründete eine Gruppe Studierender des Fachbereichs Sozialwesen der Fachhochschule Potsdam unter der Anleitung von Frau Professor Dr. Ingrid Schulz-Ermann eine Schuldnererstberatung. Mit der Übernahme der Trägerschaft durch den Arbeiterwohlfahrt (AWO) Bezirksverband Potsdam e.V. ist es gelungen, die Beratungsstelle auch über das Studienprojekt „Schuldner- und Insolvenzberatung – ein Tätigkeitsfeld der Sozialen Arbeit“ weiterzuführen und als wichtiges Beratungselement neben der Eltern- und Erziehungsberatung am Familienzentrum an der Fachhochschule zu etablieren. Das Angebot der Schuldnerberatung im Familienzentrum ergänzt seit dem 15. April 2008 die ebenfalls in Trägerschaft der AWO befindlichen Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen in Bornim und Werder. Zum Beratungsangebot gehören eine Bestandsaufnahme der Schulden, das Sichten der Unterlagen für einen Überblick über die Gläubiger, eine Begrenzung des Schuldenanstiegs, das Erstellen von Haushaltsplänen zur besseren Einschätzung des vorhandenen Budgets sowie spezifische Informationen zur Schuldnerberatungsstelle und anderen sozialen Einrichtungen. Das Angebot richtet sich ausdrücklich auch an Studierende, die mit finanziellen Problemen konfrontiert sind. Informationen: Familienzentrum, Tel.: 03 31/580-2454, E-Mail: schuldnernberatung@fh-potsdam.de *Quelle: Medieninformation Nr. 44 der Fachhochschule Potsdam vom 14. Mai 2008*

Sozialverband VdK fordert eine Pflicht zur Riester-Rente. Das Zögern der Politik bei der zusätzlichen Altersvorsorge erhöht nach Ansicht des Sozialverbandes die Gefahr, sozial abzustürzen. Wer nicht vorsorge, dem könne Altersarmut drohen, warnte der Präsident des Verbandes. Der Verband fordert, dass neben der gesetzlichen Rente eine obligatorische betriebliche Altersvorsorge aufgebaut wird, in die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeber paritätisch einzahlen. Freiwillig haben bisher nur 10 % aller Beschäftigten eine solche Versicherung abgeschlossen. *Quelle: VdK Zeitung 5/2008*

Qualität im Betreuungswesen. Berichte vom 10. Vormundschaftsgerichtstag. Hrsg. Andrea Diekmann und Sybille M. Meier. Bundesanzeiger Verlag. Köln 2007, 190 S., EUR 20,- *DZI-D-8252*
Dieser Band enthält die Schriftfassungen der Vorträge anlässlich des 10. Vormundschaftsgerichtstags, der im November 2006 in Erkner stattfand und sich mit dem Thema „Qualität im Betreuungswesen“ auseinandersetzte. Im Vordergrund des Fachkongresses standen Überlegungen

zur Entwicklung von Qualitätsstandards für die Betreuungsarbeit. Diese sollen für alle Beteiligten eine Orientierung bieten und zur Förderung der Professionalität des Betreuerhandels beitragen. Gegenstand weiterer Referate waren die Aufgaben von Betreuungsbehörden und Betreuungsvereinen, der Begriff des „freien Willens“ im Betreuungsgesetz und der Umgang mit Zwang bei psychiatrischen Behandlungen und Pflegeheimaufenthalten. Auch Fragen der Lebensqualität im Alter und die aktuelle rechtspolitische Diskussion wurden auf der Fachtagung erörtert. Bestelladresse: Vormundschaftsgerichtstag e.V., Kurt-Schumacher-Platz 9, 44787 Bochum, Tel.: 02 34-6 40 65 72, Fax: 02 34-6 40 89 70, E-Mail: vgt-ev@vgt-ev.de

► Gesundheit

Ausgaben für Gesundheit im Jahr 2006. Die Ausgaben für Gesundheit beliefen sich im Jahr 2006 auf insgesamt 245 Mrd. Euro. Dies war ein Anstieg um 5,7 Mrd. Euro oder 2,4 % gegenüber dem Vorjahr. Damit betrugen die Ausgaben 10,6 % des Bruttoinlandsproduktes oder gut 2 970 Euro je Einwohner, Einwohnerin (2005: 2 900 Euro). Der größte Ausgabenträger im Gesundheitswesen war die gesetzliche Krankenversicherung. Ihre Ausgaben erreichten im Jahr 2006 139,8 Mrd. Euro und lagen somit um 3,9 Mrd. Euro oder 2,9 % über denen des Vorjahres. 22,5 Mrd. Euro oder 9,2 % der Gesamtausgaben entfielen in dem Berichtsjahr auf die private Krankenversicherung. Einrichtungen der ambulanten Gesundheitsversorgung spielen in Deutschland traditionell eine bedeutende Rolle. Auf diese Einrichtungen entfiel im Jahr 2006 fast die Hälfte der gesamten Ausgaben (118,6 Mrd. Euro oder 48,4 %). Sie stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 2,8 %. Vom Ausgabenvolumen her betrachtet waren Arztpraxen (36,4 Mrd. Euro), Apotheken (34,7 Mrd. Euro) und Zahnarztpraxen (15,8 Mrd. Euro) die wichtigsten ambulanten Einrichtungen. Im (teil)stationären Sektor wurden mit 90,1 Mrd. Euro 2,9 % mehr aufgewendet als im Jahr zuvor. Diese Summe entspricht einem Anteil von 36,8 % an den gesamten Ausgaben. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 172/08*

Schlaganfallforschung. Die Charité-Universitätsmedizin Berlin übernimmt ab sofort die Leitung des länderübergreifenden Konsortiums zur Schlaganfallforschung „Affording Recovery in Stroke“ (ARISE). Es ist neben „Eustroke“ in Mannheim eines von zwei Großprojekten, die von der Europäischen Union mit insgesamt 22 Mio. Euro für einen Zeitraum von fünf Jahren gefördert werden. Gemeinsam bilden sie im „European Stroke Network“ das bislang größte Forschungsnetzwerk Europas. An ARISE beteiligen sich Kliniken, Institute und Unternehmen aus zehn europäischen Ländern, darunter Finnland, Schweden und Polen. *Quelle: Berliner Ärzteblatt 4.2008*

Blindenschriftbücher. Die Deutsche Blindenstudienanstalt (blista) in Marburg hat einen Onlinekatalog erstellt, der alle 40 000 im deutschsprachigen Raum verfügbaren Blindenschriftbücher sowie 65 000 Hörbücher enthält. Jedes Jahr kommen etwa 80 000 Neuerscheinungen auf den deutschen Büchermarkt, aber aufgrund der hohen Herstellungskosten können jährlich nur einige Dutzend Titel in die tastbare Blindenschrift (Brailleschrift) übertragen werden. Zudem ist es für blinde Leserinnen und Leser

bisher schwierig herauszufinden, ob ein Buch überhaupt in Blindenschrift zur Verfügung steht und bei welcher Bibliothek es auszuleihen ist. Wer im Onlinekatalog ein Buch gefunden hat, kann es dort direkt anfordern. Der neue Katalog bietet auch die Möglichkeit, gezielt nach Büchern in Vollschrift oder in der sogenannten Kurzschrift zu suchen, was besonders für Leseanfängerinnen und -anfänger hilfreich ist. Der Onlinekatalog ist zu finden unter www.blindenschrift.net *Quelle: Z B – Zeitschrift: Behinderte Menschen im Beruf 1.2008*

Fitness. 66,8 Mio. Fahrräder standen laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2006 in privaten Haushalten – 6 Mio. mehr als im Jahr 2000. Auch das Strampeln in den eigenen vier Wänden wird immer beliebter: 28 % der Deutschen haben einen Hometrainer. Radfahren hat sich nicht umsonst zum Ausdauersport für jedes Alter entwickelt: Die Gelenke werden dabei weit weniger belastet als bei vielen anderen Sportarten. Zudem werden die Kreislauffunktionen verbessert, das Herzinfarktrisiko sinkt, das Immunsystem wird gestärkt. Laut der Deutschen Sporthochschule Köln wirken sich bereits zehn Minuten tägliches Radeln positiv auf Muskulatur und Durchblutung aus, ab 50 Minuten wird der Fettabbau angeregt. *Quelle: tag, Zeitschrift der Knappschaft 2.2008*

Modellprojekt Pflegestützpunkte in Berlin. Die Berliner Koordinierungsstellen Rund ums Alter, vertreten durch die Träger Albatros e.V. und Diakonisches Werk Berlin Stadtmitte e.V. haben einen Zuschlag für das Modellprojekt Pflegestützpunkt erhalten, das mit 30 000 Euro bis Dezember 2008 gefördert wird. Mit dem am 18. Januar 2008 gestarteten Modellvorhaben „Werkstatt Pflegestützpunkte“ des Bundesministeriums für Gesundheit wurden bundesweit 16 Pflegestützpunkte errichtet, um deren beispielhaften Aufbau in der Modellregion zu erproben. Das Kuratorium Deutsche Altershilfe in Köln begleitet die Projekte wissenschaftlich. Pflegestützpunkte sollen erste Anlaufstellen für Menschen bei Fragen rund um die Pflege sein. Sie bieten pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen, aber auch Menschen, die noch keine Leistungen der Pflegeversicherung erhalten, Information und Beratung, Unterstützung bei der Auswahl der für sie passenden Angebote und bei Bedarf ein umfassendes Fallmanagement. Auch die Vernetzung der pflegerischen, medizinischen, rehabilitativen oder sozialintegrativen Angebote vor Ort gehört zu den Aufgaben dieser Beratungsstellen. *Quelle: Pressemitteilung des Pflegestützpunktes Köpenick vom 28. April 2008*

► Jugend und Familie

Positionspapier zur Personalentwicklung in der Jugendhilfe. Im Zuge des demographischen Wandels geraten Kinder und Jugendliche mehr und mehr in die Rolle einer gesellschaftlichen Minderheit. Sie werden dadurch zugleich auch zu einem zunehmend „knappen und kostbaren Gut“, für dessen Erziehung und Bildung im Hinblick auf die Zukunftssicherung der Gesellschaft dringend bestmöglich qualifizierte und motivierte Fachkräfte gebraucht werden. Vor diesem Hintergrund benennt ein Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) drei zentrale Anforderungen an die Personalentwicklung: 1. Sowohl auf der Führungsebene bei Einrichtungen

und Trägern der Jugendhilfe als auch im Rahmen der Jugendhilfeplanung und Steuerung ist eine systematische Personalentwicklung zu verankern. Hierzu gehören insbesondere Maßnahmen der Weiterqualifizierung des Personals, die Vermeidung eines Burnoutsyndroms, die Vermeidung einseitiger Belastungen, altersgerechte Arbeitsorganisation und die Herstellung einer breiten Altersmischung in Teams. 2. Die Ausbildungsgänge, die für Tätigkeiten in der Jugendhilfe qualifizieren, sind für junge Menschen mit Migrationshintergrund attraktiver zu gestalten. 3. Stellenausschreibungen sind so abzufassen, dass sich Fachkräfte mit Migrationshintergrund in besonderer Weise positiv angesprochen fühlen. Internet: www.agj.de/pdf/5/Anforderungen_Personalentwicklung.pdf

Jugend in Berlin. 3. Fachpolitischer Diskurs „Verantwortung für eine Kultur des Aufwachsens – Die Berliner Jugendhilfe im Aufbruch.“ Dokumentation. Hrsg. Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Selbstverlag. Berlin 2007, 146 S., kostenlos *DZI-D-8227*

Diese Dokumentation enthält die Beiträge einer Fachtagung über die Veränderung der Berliner Jugendhilfe in Richtung Sozialraumorientierung. Die Tagung diente Entscheidungstragenden aus Jugendhilfe und -politik als Forum zum Austausch von Erfahrungen und zur Diskussion verschiedener Interventionsmöglichkeiten und Ansätze. Thematisiert wurde insbesondere der Strukturwandel in der Berliner Jugendhilfe unter Anführung einzelner Praxisbeispiele und neuer Modelle wie Verwandtschaftsrat oder FiF-Familie im Feld®, um auf dieser Grundlage Vorschläge für den weiteren Reformprozess zu entwickeln. Unter anderem sei es nötig, die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule zu verbessern sowie passende Kommunikationsstrukturen aufzubauen. Bestelladresse: Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Beuthstraße 6-8, 10117 Berlin, Referat Gesamtjugendhilfeplanung, Tel.: 030/90 26-55 59, Fax: 030/90 26-55 08, E-Mail: korinna.schmidthals-schoele@senbwf.verwalt-berlin.de

Schwangere in Notsituation. Sachsens Sozialministerin Helma Orosz appellierte an schwangere Frauen in Notsituationen, von der Gesellschaft angebotene Hilfen anzunehmen. Es gibt neben der eigenen Familie eine ganze Reihe professioneller Hilfemöglichkeiten, angefangen von dem Haus- oder Frauenarzt, über Beratungsdienste und Sozialleistungen bis hin zu Hilfen durch das Jugendamt. Die Gesellschaft kann und will schwangeren Frauen helfen, damit aus Problemen keine Krisen werden. „Aber auch dieses dichte Netz von Hilfemöglichkeiten kann nicht greifen, wenn Frauen aus Scham, aus Angst vor beruflichen und sozialen Konsequenzen oder anderen Gründen versuchen, eine Schwangerschaft möglichst geheim zu halten“, so Helma Orosz. Gerade wenn eine werdende Mutter das Gefühl habe, dass im engeren sozialen Umfeld niemand Verständnis für sie aufbringe, möge sie sich an ihren Arzt, ihre Ärztin, eine Schwangerschaftsberatungsstelle oder das Jugendamt wenden. Finanzielle Unterstützung, zum Beispiel für die Erstaussstattung des Babys, kann in Notlagen die Stiftung „Hilfe für Familien, Mutter und Kind“ des Freistaates Sachsen geben. Jede Schwangerschaftsberatungsstelle bietet Unterstützung an und nimmt Anträge auf. *Quelle: Pressemitteilung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales 53/08*

Neue Wege entdecken. Praxisbeispiele für den Umgang mit dem Umgang. Hrsg. Verband alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband NRW e.V. (VAMV). Selbstverlag. Essen 2007, 36 S., EUR 4,- *DZI-D-8228*

Dieser Ratgeber beschäftigt sich anhand von Fallbeispielen mit den Kommunikationsproblemen geschiedener Eltern und beschreibt individuelle Konzepte zur Konfliktbewältigung in vermeintlich ausweglosen Situationen. Die Beiträge konzentrieren sich auf Aspekte der Trennungssituation im Hinblick auf gemeinsame Kinder. Zum Beispiel werden typische Problemsituationen aufgezeigt, die aus unbearbeiteten Spannungen und Negativhaltungen entstehen können, um anschließend erfolgversprechende Strategien vorzustellen, wie etwa das Führen von Verhandlungen oder das Treffen fairer Vereinbarungen. In der Broschüre finden sich viele Tipps zur Gestaltung der postfamiliaren Kontakte nach einer Scheidung. Bestelladresse: VAMV LV NRW e.V., Juliusstraße 13, 45128 Essen, Tel.: 02 01/827 74-70, E-Mail: info@vamv-nrw.de. Internet: www.vamv-nrw.de

► Ausbildung und Beruf

Irena Sendler gestorben. Im Alter von 98 Jahren ist die polnische Sozialarbeiterin Irena Sendler im Mai 2008 verstorben. Über ihre mutige Rettungsaktion während des Zweiten Weltkrieges war in der „Sozialen Arbeit“, Heft September 2007, ausführlich zu lesen. Professor Joachim Wieler schilderte in seinem Beitrag, wie Irena Sendler als Sozialarbeiterin jüdische Kinder aus dem Warschauer Ghetto rettete und dabei fast selbst ihr Leben verloren hätte. Durch ihre Tätigkeit in einer Wohlfahrtsabteilung in Warschau war sie einer der wenigen Menschen, die von den deutschen Besatzern Zugang zum Ghetto erhielten. Nachdem sie sich der Untergrundorganisation „Żegota“ angeschlossen hatte, bewahrte sie insgesamt 2 500 jüdische Kinder vor dem sicheren Tod, indem sie diese mit gefälschten Papieren versah und auf den verschiedensten Wegen aus dem Ghetto schleuste, um sie in Gastfamilien, in Waisenhäusern oder Klöstern unterzubringen. Die wahren Dokumente der Kinder bewahrte sie in Einweckgläsern auf, die sie vergrub. 60 Jahre vergingen, bevor dieser beispiellose Einsatz in größerem Rahmen bekannt wurde. 2006 wurde Irena Sendler auf dem Weltkongress der Internationalen Vereinigung der Sozialarbeiter in München die Ehrung als „Most Distinguished Social Worker“ zuteil.

Redaktion Soziale Arbeit

Hebammen beraten Familien. Abschlußbericht der wissenschaftlichen Projektbegleitung. Von Eva Schneider. Hrsg. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland Pfalz. Selbstverlag. Mainz 2007, 30 S., kostenlos *DZI-D-8226*

Das Projekt „Hebammen beraten Familien“ wurde in den Jahren 2005 und 2006 im Rahmen der Initiative VIVA FAMILIA in Rheinland-Pfalz erprobt. Über die übliche Betreuung hinaus sollten speziell geschulte Hebammen zusätzlich familienbezogene Beratungs- und Vermittlungsarbeit leisten und verstärkt die sozialen Belange der Familie in ihre Dienste mit aufnehmen. Zum Beispiel sollten sie familienrelevante Unterstützungs- und Bildungsangebote aufzeigen und die Eltern über Möglichkeiten der Gesundheitsförderung und Prävention informieren. Die Autorin stellt fest, dass die zentralen Ziele des Projekts erreicht

wurden. Durch die Qualifizierung wurden die Hebammen befähigt, Eltern in schwierigen Situationen hilfreich zur Seite zu stehen. Bestelladresse: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz, Referat für Reden und Öffentlichkeitsarbeit, Bauhofstraße 9, 55116 Mainz, Tel.: 061 31/16-20 16, E-Mail: Bestellservice@masgff.rlp.de, Internet: www.masgff.rlp.de

Straßenkinderpädagogik. Die Pädagogische Hochschule Freiburg richtet in Kooperation mit der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und der Universität Heidelberg ab dem Wintersemester 2008/09 erneut den Masterstudiengang „Pädagogik für Kinder und Jugendliche der Straße“ aus. Dieser interdisziplinäre und internationale Studiengang betrachtet die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen in schwierigen Lebenslagen, von Kindern ethnischer Minderheiten, insbesondere von „Straßenkindern“ in den Großstädten der armen Länder, aber auch in reichen Industrienationen als Problemfall gesellschaftlicher Verantwortung. Er qualifiziert pädagogische Fachkräfte für die nachhaltige Bildungsarbeit mit den betroffenen jungen Menschen. Der Studiengang wird als Vollzeitstudium (vier Semester) angeboten, Studienorte sind Heidelberg und Freiburg. Nächster Bewerbungsschluss ist der 15. Juli 2008. Information und Beratung: Kompetenzzentrum Patio 13, Pädagogische Hochschule Heidelberg, Zeppelinstraße 3, 69120 Heidelberg, Tel.: 062 21/47 76 50, Internet: www.patio13.de

Management von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen. Die Technische Universität Kaiserslautern bietet in Kooperation mit der Universität Witten/Herdecke im Wintersemester 2008/09 den viersemestrigen, postgradualen Fernstudiengang Management von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen an. Ziel der Ausbildung ist die Vermittlung des erforderlichen Wissens und der notwendigen Kompetenzen zur Führung und Leitung von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen. Die Inhalte des Studiengangs orientieren sich an den zentralen Handlungsfeldern im Gesundheits- und Sozialwesen: Strategisches Management, Ressourcenmanagement, Change Management und Qualitätsmanagement. Das Fernstudium wendet sich vor allem an Fach- und Führungskräfte von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen sowie an Personen, die eine leitende Position in diesem Bereich anstreben. Anmeldungen sind bis zum 15. Juli 2008 möglich. Information und Anmeldung: Technische Universität Kaiserslautern, Distance and International Studies Center, Postfach 3049, D-67653 Kaiserslautern, Internet: www.zfuw.de

Tagungskalender

1.7.2008 Oldenburg. Fachtagung: Soziale Ungleichheit und Gesundheit – Theorie für Praxis: Konzepte gegen Kinderarmut – Kommunen sind am Zug!? Information: Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven, Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit, Constantiaplatz 4, 26721 Emden, Internet: www.fh-ooow.de

2.-4.7.2008 Rehburg-Loccum. Tagung: Wie gesund ist unsere Pflege? Eine Bestandsaufnahme anlässlich der Reform der Pflegeversicherung. Information: Evangelische Akademie Loccum, Postfach 21 58, 31545 Rehburg-Loccum, Tel.: 057 66/81-0, Internet: www.loccum.de

2.-4.7.2008 Magdeburg. 8. SommerAkademie zur Gesundheitsförderung: Gesunde Lebenswelten gemeinsam gestalten – Politiken, Programme und Praktiken gesundheitsfördernder, sozialer Stadtentwicklung. Information: Organisationsteam der SommerAkademie, c/o Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen, Breitscheidstraße 2, 39114 Magdeburg, Tel.: 03 91/886 42 87, E-Mail: sommerakademie@sgw.hs-magdeburg.de

14.7.2008 Salzburg. Internationale Pädagogische Werktagung: Gemeinsam erziehen. Das umkämpfte Kind zwischen Familie, Bildungsinstitutionen und Gesellschaft. Information: Internationale Pädagogische Werktagung Salzburg, Raiffeisenstraße 2, 5061 Elsbethen, Tel.: 0043/662/662-80 47/7511, Internet: http://pwt.kirchen.net

5.-7.9.2008 Nürnberg. 12. Bundestagung: Autismus – der individuelle Weg. Information: autismus Deutschland e.V., Bebelallee 141, 22297 Hamburg, Tel. 040/511 56 04, Internet: www.autismus.de

9.-10.9.2008 Kiel. eHealth Conference 2008: Telematik kommt an. Information: Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V., Hansaring 43, 50670 Köln, Tel. 02 21/91 28 67-6, E-Mail: ehealth@gvg-koeln.de

10.-12.9.2008 Magdeburg. Jahrestagung: Erziehungshilfen – mehr als Netz und doppelter Boden. Gemeinsam Perspektiven schaffen! Information: Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen/IGfH, Schaumainkai 101-103, 60596 Frankfurt am Main, Tel. 069/63 39 86-0, Internet: www.igfH.de/jahrestagung 2008

17.-19.9.2008 Hannover. Veranstaltung: Kooperation im Jugendstrafverfahren. Wie die Verfahrensbeteiligten (besser) kooperieren. Information: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V., Lützerodestraße 9, 30161 Hannover, Tel. 05 11/348 36 40, Internet: www.dvjj.de